
Gerd Friedrich

Zur Krise des Akkumulations- und Regulierungsmechanismus der Wirtschaft

Wissenschaftler und Politiker sind nahezu einhellig der Überzeugung, dass, ausgelöst durch die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, die Gesellschaft in eine Umbruchsituation geraten ist.

Die fortschreitende Entwicklung der Computer- und Kommunikationstechnik, die neue Rolle der Wissenschaft als unmittelbare Produktivkraft und das gewaltige Produktivitätspotential moderner Technologien sind die Basis für einen radikalen Wandel der Arbeits- und Lebensumstände in wenigen Jahrzehnten. Bildung, Kultur und weltweite Kommunikation erhalten einen neuen Stellenwert in der und für die Gesellschaft. Neue Chancen für Arbeitserleichterung und Arbeitszeitverkürzung, für die Bekämpfung von Armut und Krankheit, für eine umweltverträglichere Gesellschaftsentwicklung reifen heran.

Noch sind diese Entwicklungen in starkem Maße auf die Industrieländer beschränkt, und es droht die Gefahr, dass ganze Regionen „abgehängt“ werden. Nicht zu übersehen sind die Risiken dieser Entwicklung sowohl in den Industrieländern als auch im „Rest der Welt“, die sich vor allem aus der auf kurzzeitigen Profit ausgerichteten Steuerung ökonomischer Prozesse ergeben und die in sozialen und/oder ökologischen Katastrophen ungeahnten Ausmaßes enden könnten. Nicht wenige Wissenschaftler befürchten, dass die existierenden gesellschaftlichen Institutionen nicht geeignet sind, die Prozesse dieser globalen Revolution so zu beherrschen, dass die Chancen genutzt und die Risiken zurückgedrängt werden können.

Entscheidenden Einfluß auf Ziele, Hauptrichtungen und Triebkräfte wirtschaftlichen Handelns und damit auch auf die Beantwortung der Frage, wieweit Chancen der gesellschaftlichen Entwicklung genutzt werden und wie hoch die Wahrscheinlichkeit für den Eintritt von Risikofällen ist, hat der Akkumulations- und Regulierungsmechanismus der Wirtschaft – jener Me-

chanismus, der Produktion, Aneignung und Wiedereinsatz des gesellschaftlichen Reichtums bestimmt und die Verteilung der Arbeit und der Einkommen in der Gesellschaft lenkt.

1 Zum Verhältnis von Profitproduktion, Kapitalakkumulation und Marktregulierung

In der Analyse des Kapitalismus der freien Konkurrenz um die Mitte des vorigen Jahrhunderts zeigte Marx, daß Profitproduktion und Kapitalakkumulation Dreh- und Angelpunkte dieser Produktionsweise sind. Die Kapitalakkumulation, d. h. die Wiederanlage eines mehr oder weniger großen Teils des Profits in fungierendes Kapital, ist die Basis des Wirtschaftswachstums, der Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung. Sie steht in unmittelbarer Wechselwirkung zur Marktregulierung, denn die durch die Markt- und Konkurrenzverhältnisse bestimmten Profitaussichten sind entscheidend dafür, wieviel und in welche Zweige investiert wird, wie die Kapitale zwischen verschiedenen Anlagesphären wandern und wie sich die Nachfrage nach Arbeitskräften entwickelt.

Marx sah, wie dieser Mechanismus im aufstrebenden Industriekapitalismus zur Polarisierung der Klassen führte, die Akkumulation des Reichtums von der des Elends begleitet wurde. Er zog hieraus weitreichende Schlußfolgerungen, die allerdings so durch die weitere gesellschaftliche Entwicklung nicht bestätigt wurden.

Bereits wenige Jahrzehnte später setzte die Krise des Kapitalismus der freien Konkurrenz ein, die Engels knapp, aber bildhaft skizzierte:

„Der täglich wachsenden Raschheit, womit auf allen großindustriellen Gebieten heute die Produktion gesteigert werden kann, steht gegenüber die stets zunehmende Langsamkeit der Ausdehnung des Marktes für diese vermehrten Produkte. Was jene in Monaten herstellt, kann dieser kaum in Jahren absorbieren. ... Die Folgen sind allgemeine chronische Überproduktion, gedrückte Preise, fallende oder sogar ganz wegfallende Profite; kurz die altgerühmte Freiheit der Konkurrenz ist am Ende ihres Lateins und muß ihren offenbaren skandalösen Bankrott selbst ansagen. Und zwar dadurch, daß in jedem Land die Großindustriellen eines bestimmten Zweiges sich zusammentun zu einem Kartell zur Regulierung der Produktion.“⁶¹

Der Übergang zum Imperialismus, zum monopolistischen Stadium des Kapitalismus, war angesagt.

Man mag zu Lenins Charakteristik wesentlicher Merkmale dieser Phase des Kapitalismus – die Konzentration und Zentralisation des Kapitals und Herausbildung von Monopolen, das Entstehen einer Finanzoligarchie, die wachsende Bedeutung des Kapitalexport u. a. m. – stehen, wie man will, an einem kommt man nicht herum, wie der englische Wirtschaftshistoriker Eric Hobsbawm sinngemäß bemerkt – der Regulierungsmechanismus der Wirtschaft des Jahres 1914 war nicht mehr der des Jahres 1870.²

Ausgangspunkt war die Entwicklung der Produktivkräfte – technische Entwicklungen insbesondere im Bereich des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und der Chemie, deren ökonomische Nutzung Produktionsmaßstäbe verlangten, die durch die Akkumulation des Kapitals in privaten Einzelunternehmen kaum zu erreichen waren, führten zum Siegeszug der Aktiengesellschaften als Unternehmensform, zur „Vergesellschaftung des Kapitals“ im Rahmen des Kapitalismus. Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals endete in oligopolistisch verfaßten Märkten, auf denen Konzerne, Kartelle und Syndikate Hauptakteure sind, und in der Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital. Die Rolle des Staates begann sich erheblich zu verändern – aus dem „Nachtwächterstaat“ wurde ein mächtiger „ökonomischer Faktor“, insbesondere durch umfangreiche Investitionen im Bereich der Infrastruktur, aber auch durch militärische Aufrüstung, durch Umverteilung von Einkommen und Maßnahmen im sozialen Bereich, mit der die Arbeiterklasse zunehmend in die gesellschaftliche Entwicklung eingebunden wurde und schließlich als Interessenvertreter der „nationalen“ Großunternehmen im Kampf um Absatzmärkte und Rohstoffquellen.

Dieser Akkumulations- und Regulierungsmechanismus wurde einerseits zur Triebkraft weltweiter Auseinandersetzungen um Einflußsphären, Absatzmärkte und Rohstoffquellen, mündete in den *sozialen* Katastrophen zweier Weltkriege, die zu Auslösern alternativer Gesellschaftsentwicklungen wurden und war andererseits Motor jener wissenschaftlich-technischen Entwicklungen, ihrer ökonomischen Nutzung, die heute das Leben der Menschen in den hochentwickelten Industrieländern prägen.

Die Umbruchsituation an der vorigen Jahrhundertwende ist mit der heutigen nicht vergleichbar. Und trotzdem ergeben sich Analogien – in beiden

Fällen führten Veränderungen im System der Produktivkräfte zur Krise des Akkumulations- und Regulierungsmechanismus, erzwangen den Übergang zu einer neuen „Wirtschaftsverfassung“ mit weitreichenden ökonomischen, politischen und sozialen Konsequenzen.

2. Der Akkumulations- und Regulierungsmechanismus der kapitalistischen Reproduktion im Europa der Nachkriegsära.

Der Nachkriegstypus der kapitalistischen Reproduktion wird häufig als „Fordistische Produktionsweise“ bezeichnet. Ein wesentliches Merkmal dieses Reproduktionstyps besteht in der stärkeren Beteiligung der „Arbeitnehmer“ an den wirtschaftlichen Ergebnissen als Voraussetzung einer wachsenden Massennachfrage. So entstanden günstige Bedingungen für Wirtschaftswachstum und Kapitalakkumulation. Die Verbindung von Massenproduktion mit Masseneinkommen zur Förderung des Wirtschafts- und damit Profitwachstums erwies sich in dieser Zeit als partielle Lösung des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Reproduktion, des Widerspruchs zwischen der Tendenz zur schrankenlosen Ausdehnung der Produktion bei begrenzter Nachfrage, der sich in periodisch wiederkehrenden Überproduktionskrisen entlädt.

In Europa fand die „fordistische Produktionsweise“ auf Grund der Stärke der Arbeiterbewegung und des Wettstreites mit dem alternativen Gesellschaftssystem ihren Ausdruck im „Wohlfahrtsstaat“, in der „sozialen Marktwirtschaft“, im „Sozialstaatskompromiß“.

Damit wurde ein Modell kapitalistischer Entwicklung geschaffen, daß sich deutlich vom „Wettbewerbskapitalismus“ amerikanischer Prägung abhob: Es sichert den unteren Schichten der Gesellschaft, insbesondere den Lohnabhängigen, jenes Minimum an sozialer Sicherheit und der Teilhabe am gesellschaftlichen Fortschritt, mit der sie in die kapitalistische Entwicklung integriert wurden und der „soziale Friede“ auf lange Sicht gewahrt werden konnte. Es begünstigte die Entwicklung einer Massennachfrage, die wiederum den Ausgangspunkt für eine bessere Kapitalverwertung bildete.

Da man nach den Erfahrungen der dreißiger Jahre „Marktversagen“ bei einer ausschließlich der Marktregulierung überlassenen Wirtschaftsentwicklung nicht ausschließen konnte, wurde ein Akkumulations- und Regu-

lierungsmechanismus etabliert, bei der die grundlegende Marktregulierung durch staatliche Rahmenbedingungen, insbesondere im Bereich des Arbeitsmarktes, aber auch zum Schutz des Wettbewerbs, der Umwelt und der Verbraucher ergänzt und mit einer staatlichen „Globalsteuerung“, vor allem mittels der Instrumente der Geld-, Finanz- und Haushaltspolitik, verbunden wurde. Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und eine ausgeglichene Außenwirtschaftsbilanz werden als grundlegende Ziele staatlicher Wirtschaftspolitik in diesem Reproduktionstyp betrachtet.

Die wirtschaftliche Entwicklung der BRD in den unmittelbaren Nachkriegsjahrzehnten bestätigte die in die „Soziale Marktwirtschaft“ gesetzten Erwartungen, vom „Wirtschaftswunder“ war die Rede. So stieg, trotz eines Konjunkturreinbruchs Mitte der sechziger Jahre, das Bruttoinlandsprodukt (real) im Zeitraum zwischen 1960 und 1970 auf das 1,5-fache. Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Jahrzehnt zeigen die folgenden Zahlen³:

Akkumulationsdynamik, Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung in den sechziger Jahren – Vergleich volkswirtschaftlicher Daten des Jahres 1970 mit denen des Jahres 1960

	1970 : 1960
Summe der Ausrüstungsinvestitionen (real)	ca. 200%
durchschnittliches Jahreswachstum des Bruttoinlandsproduktes (real)	+4,4%
Zahl der „abhängig Beschäftigten“	+1,3 Mio.
Entwicklung der Arbeitslosigkeit	-0,1 Mio. (Arbeitslosenquote 0,7%)
Entwicklung der Staatsschulden	+70 Mrd. DM
Zuwachs des Volkseinkommens (nominal)	+290 Mrd. DM

davon entfielen auf In Prozent des Volkseinkommenszuwachses:

Summe der Nettolöhne und -gehälter	+134 Mrd. DM	46%
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+62 Mrd. DM	21%
Sozialbeiträge	+54 Mrd. DM	19%
direkte Steuern	+40 Mrd. DM	14%

Der Weg schien offen für einen nationalstaatlich regulierten und sozial gebändigten Kapitalismus.

Aber die Logik dieses Nachkriegstypus der kapitalistischen Reproduktion wird seit Mitte der siebziger Jahre mehr und mehr „gestört“: Markt-sättigungsprozesse führen zu chronischer Überproduktion und zur Überakkumulation von Kapital; damit sinken die Wachstumsraten der Wirtschaft, das Rationalisierungspotential übertrifft die Steigerungsraten der Produktion, wodurch eine zunehmende strukturelle Arbeitslosigkeit ausgelöst wird und die sozialen Aufwendungen wachsen.

3. Die siebziger Jahre – das „Schlüsseljahrzehnt“.

Die zyklische Krise Mitte der siebziger Jahre stellt eine gewisse Zäsur dar: Die Regierung setzte das übliche Instrumentarium antizyklischer Globalsteuerung ein (Zinssenkung, zusätzliche Kreditaufnahme für staatliche Investitionen, Beschäftigungsprogramme u. a. m.) ohne dauerhaft die Wachstumsraten der früheren Jahre zu erreichen – statt dessen stiegen Inflationsrate und Staatsverschuldung: Das Wort von der „Stagflation“ – aus „Stagnation“ und „Inflation“ – machte die Runde.

Der Konjunktureenbruch war keine „normale“ Krise – wenige Jahre zuvor war der internationale Währungsverbund, durch den die Währungen der Mehrzahl der Länder zu stabilen Währungskursen an den goldgedeckten Dollar gebunden waren („Bretton Woods“), auseinandergebrochen; der Wert des Dollars fiel in kurzer Zeit von 4 DM auf 1,70 DM; die OPEC trieb den Erdölpreis auf das fünffache und in zahlreichen Ländern kletterten Inflationsrate und Staatsschuld auf Rekordhöhe. Erste Anzeichen einer Marktsättigung zeichneten sich ab, die Nachfrage bewegte sich nur mäßig, die Gewinnmargen waren äußerst gering. In den im Vergleich zu den sechziger Jahren verheerenden ökonomischen Resultaten der siebziger Jahre widerspiegelt sich die allmählich einsetzende Krise der „fordistischen Produktionsweise“.

Akkumulationsdynamik, Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung in den siebziger Jahren - Vergleich volkswirtschaftlicher Daten des Jahres 1980 mit denen des Jahres 1970

	1980 : 1970
Summe der Ausrüstungsinvestitionen (real)	ca. +25%
durchschnittliches Jahreswachstum des Bruttoinlandsproduktes (real)	+2,7%
Zahl der Erwerbstätigen	+0,4 Mio.
Entwicklung der Arbeitslosigkeit	+0,8 Mio
Entwicklung der Staatsschulden	+340 Mrd. DM
Zuwachs des Volkseinkommens (nominal)	+610 Mrd. DM

davon entfielen auf In Prozent des Volkeinkommenszuwachses:

Summe der Nettolöhne und -gehälter	+267 Mrd. DM	44%
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+77 Mrd. DM	13%
Sozialbeiträge	+184 Mrd. DM	30%
direkte Steuern	+82 Mrd. DM	13%

Hatte sich das Volumen der Ausrüstungsinvestitionen in den sechziger Jahre verdoppelt, so stieg es in den siebziger Jahren nur um 25%; das durchschnittliche jährliche Wachstum des Bruttoinlandproduktes ging von 4,4% auf 2,7% zurück; die Zahl der Erwerbstätigen stieg nur noch um Vierhunderttausend, aber die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich auf fast eine Million; die Summe der Staatsschulden hatte sich fast vervierfacht und lag jetzt bei knapp 500 Mrd. DM; der Rückgang der selbständig tätigen Erwerbspersonen um mehr als 1 Mio und die anhaltende Rentabilitätskrise der Unternehmen führten dazu, daß der Anteil der „Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ am Volkseinkommen von 26% auf 19% fiel.

Vergleicht man die Wirtschaftsdaten mit denen der sechziger Jahre, so fallen neben dem Rückgang in den Wachstumsraten und dem Zuwachs bei den Arbeitslosen - es war immerhin das erste mal, dass die BRD seit den unmittelbaren Nachkriegsjahren wieder eine spürbare Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatte - der starke Zuwachs bei den Sozialbeiträgen und der vergleichsweise sehr geringe Zuwachs bei den Nettoeinkommen aus Un-

ternehmertätigkeit und Vermögen auf. Wenn es auch gelang, bei den Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in den kommenden Jahrzehnten um so kräftiger zuzulegen, so weist die wirtschaftliche Entwicklung seit dieser Zeit sinkende Wachstumsraten und steigende Arbeitslosenzahlen aus:

	durchschnittliches jährliches Wachstum des Bruttoinlandproduktes (real)		offiziell	Arbeitslose
in den sechziger Jahren	4,4%	1970:	0,1	Mio
in den siebziger Jahren	2,7%	1980:	0,9	Mio
in den achtziger Jahren	2,3%	1990:	1,9	Mio
in den neunziger Jahren	etwa 1,5%	1997:	4,3	Mio

4. Die Zuspitzung der Widersprüche in den neunziger Jahren

Vieles deutet darauf, daß die Krise in den neunziger Jahren in Deutschland eine neue Qualität erreicht hat. Wachstumsschwäche und Rationalisierungspotential der Wirtschaft führten zu einem fast kontinuierlichen Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen:

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Erwerbstätige (in Mio.)	36,6	35,9	35,2	35,0	34,8	34,4	33,9
Rückgang zum Vorjahr (in Mio.)		-0,7	-0,7	-0,2	-0,2	-0,4	-0,5

In den siebziger und achtziger Jahren nahm die Zahl der Erwerbstätigen nur in den Krisenjahren 1974/75 und 1982/83 ab, sonst stieg sie, wenn auch meist geringfügig, in den einzelnen Jahren an (im Zeitraum von 1975 bis 1989 um insgesamt 1,9 Mio.); die wachsende Arbeitslosigkeit ergab sich in diesen Jahren aus steigender Nachfrage nach Arbeit, nicht aus einem Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze. Dem Verlust an Arbeitsplätzen in den neunziger Jahren – die Industrie dürfte etwa 25% ihrer Arbeitsplätze weg-rationalisiert haben – steht eine Zunahme der Zahl der Arbeitslosen und der Rentner um fast 4 Mio. gegenüber.

Ohne einer vereinfachten Interpretation der komplizierten und widersprüchlichen Beziehungen zwischen Investitionen und Schaffung neuer

Arbeitsplätze das Wort reden zu wollen, sei auf den Absturz der Ausrüstungsinvestitionen nach dem „Vereinigungsboom“ 1990/91 verwiesen:

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Ausrüstungsinvestitionen in Preisen von 1991 (Mrd. DM)	306	296	254	251	255	260	270
1991 = 100	100	97	83	82	83	85	88

(In den achtziger Jahren hatte die Summe der Ausrüstungsinvestitionen bis 1989 immerhin noch um 50% zugenommen)

Ursachen für die Zuspitzung der Widersprüche? Die Umstände, die das wirtschaftliche Wachstum der BRD im vorangegangenen Zeitraum gebremst haben – vor allem die schwache Inlandsnachfrage – blieben weiter erhalten; hinzu kamen jetzt die Folgen der Vereinnahmung der DDR-Wirtschaft – ein für zahlreiche Konzerne und Banken hervorragendes Geschäft, bei der man den ostdeutschen Markt quasi geschenkt bekam, potentielle Konkurrenten durch die Deindustrialisierung dieses Gebietes beseitigt, Vermögenswerte für „ein Appel und ein Ei“ „privatisiert“ und dem Staat die gewaltigen Folgekosten, vor allem aus der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit der „Industriebrachen“, aufgehalst wurden.

Konsequenzen für Beschäftigung und Einkommen zeigen folgende Zahlen:

Wirtschaftswachstum, Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung in den Neunziger Jahren – Vergleich volkswirtschaftlicher Daten des Jahres 1997 mit denen des Jahres 1991

	1997 : 1991
durchschnittliches Jahreswachstum des Bruttoinlandsproduktes (real)	+1,4%
Zahl der „abhängig Beschäftigten“	-2,9 Mio.
Entwicklung der Arbeitslosigkeit	+1,8 Mio.
Entwicklung der Staatsschulden	+1 Bill. DM
Zuwachs des Volkseinkommens (nominal)	+520 Mrd. DM
davon entfielen auf	In Prozent des Volkeinkommenszuwachses:
Summe der Nettolöhne und -gehälter	+81 Mrd. DM 15%
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+247 Mrd. DM 48 %

Sozialbeiträge	+162 Mrd. DM	31%
direkte Steuern	+30 Mrd. DM	6%

5. Zu Ursachen und Merkmalen der Krise des Akkumulations- und Regulierungsmechanismus

Mit der Entwicklung der „Überflußgesellschaft“ gerät der Akkumulations- und Regulierungsmechanismus der hochentwickelten Industrieländer in die Krise – Wirtschaftswachstum und reale Akkumulation geraten ins Stocken, die Verteilung der Arbeit und der Einkommen funktioniert nicht mehr in der bisherigen Weise und staatliche Eingriffe zur Überwindung der „Wachstumsschwäche“ erweisen sich als wenig wirksam. Die Wirtschaftspolitik des Staates ist nicht mehr in der Lage, das entscheidende der proklamierten wirtschaftspolitischen Ziele zu erreichen: Ein die Vollbeschäftigung sicherndes Wirtschaftswachstum.

Eine Ursache hierfür ist mit Sicherheit das gewaltige Rationalisierungspotential, das durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung in den letzten Jahrzehnten geschaffen wurde. Auch der Strukturwandel hat seinen Anteil daran, da die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich der Dienstleistungen keineswegs so rasch wuchs, wie Arbeitskräfte aus der materiellen Produktion freigesetzt wurden. Aber welche Rolle spielt die Marktsättigung für viele Güter und Dienstleistungen? Wie weit ist die schwache Nachfrage auf die Polarisierung von Einkommen und Vermögen in dieser Gesellschaft zurückzuführen (immerhin entfielen in den neunziger Jahren 48% des Einkommenszuwachses auf „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“)?

Stimmen die Verwertungsbedingungen des Kapitals nicht mehr, so daß an die Stelle realer Akkumulation die Flucht in die Finanzanlagen tritt?

Für viele Bereiche der materiellen Produktion ist die Massennachfrage in den hochentwickelten Industrieländern „ausgereizt“ – der pro-Kopf-Verbrauch stagniert trotz steigender Einkommen, die Haushaltsausstattung an hochwertigen Konsumgütern läßt die Nachfrage auf den Ersatzbedarf schrumpfen. Die Marktsättigung drückt auf das Wirtschaftswachstum und ein latentes Überangebot an Waren und Dienstleistungen drückt auf Preise und Profite.

Mit der Marktsättigung verändert sich für die Unternehmen die Konkurrenzsituation. Aus einem „normalen“ Wettbewerb wird ein „Verdrängungswettbewerb“ – während bei einem expandierenden Markt auch schwächere Unternehmen noch im Geschäft bleiben, werden sie jetzt an den Rand und in den Konkurs getrieben. Jedes Mittel ist recht, um dem Konkurrenten seinen Marktanteil abzunehmen, denn das ist bei stagnierender Nachfrage die einzige Möglichkeit für das Wachstum des eigenen Unternehmens: Preisdumping, Diskriminierung, Bestechung, Wirtschaftsspionage, Lohndumping – im Kampf um den Markt werden beträchtliche kriminelle Energien freigesetzt und der Konkurrenzkampf wird zum Wirtschaftskrieg. Nur die Starken überleben, womit in vielen Branchen die Fusionswelle angeheizt wird. So erklärt sich auch die Tatsache, daß in den neunziger Jahren Banken und Konzerne Rekordgewinne vermelden und gleichzeitig zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen Konkurs anmelden mußten.

Stagnierender Umsatz führt tendenziell zur „Überakkumulation“ in Gestalt nicht genutzter Kapazitäten und überhöhter Warenbestände. Mit der „Überakkumulation“ sinkt die Bereitschaft, in neue Arbeitsplätze zu investieren. Da gleichzeitig die Geldvermögen ungebremst und überproportional (im Vergleich zur „Realwirtschaft“) wachsen, müssen neue Anlagefelder für das Geldkapital sowohl innerhalb als auch außerhalb der „Realwirtschaft“ erschlossen werden. Dem dienen die Welle der „Privatisierung“ (die darauf abzielt, möglichst alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der Kapitalverwertung zu unterwerfen), die Entwicklung neuer Formen von Finanzanlagen und die Staatsverschuldung (die Kapitalbesitzern eine sichere und mehr oder weniger gut verzinste Anlagemöglichkeit bietet).

Durch veränderte Markt- und Konkurrenzverhältnisse und durch „Überakkumulation“ von Real- und Geldkapital haben sich die Verwertungsbedingungen des Kapitals seit der Mitte der siebziger Jahre grundlegend verändert. Die Finanzmärkte verselbständigten sich mehr und mehr gegenüber der „Realwirtschaft“ und der „Kasino-Kapitalismus“ trieb zu neuen Blüten: Vagabundierendes Finanzkapital kann – wie in der Asienkrise geschehen – die Volkswirtschaften ganzer Regionen in die Krise stürzen.

Mit der Wachstumsschwäche entwickelt sich die Arbeitslosigkeit: Seit Mitte der siebziger Jahre wächst eine „Reservearmee“, die auch in Zeiten der Konjunktur kaum mehr reduziert wird. Dieser Arbeitslosensockel betrug in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre knapp eine Million, zehn Jahre spä-

ter bereits zwei Millionen, nach dem Anschluß der DDR drei Millionen und in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre vier Millionen offiziell Arbeitsloser (mit der „stillen Reserve“ fehlen etwa sechs Millionen Arbeitsplätze). Massenarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung führen zur sozialen Ausgrenzung eines wachsenden Teils der Bevölkerung, schwächen die Positionen der „abhängig Beschäftigten“ auf dem Arbeitsmarkt, begünstigen die „Umverteilung von unten nach oben“ und gefährden durch wachsende soziale Kosten den Sozialstaat.

Moderate Wachstumsraten der Wirtschaft haben entsprechend geringere Zuwachsraten bei den Einkommen zur Folge und so spitzen sich die Verteilungskämpfe zwischen den Klassen und Schichten zu. Die Auseinandersetzungen im Bereich der Tarifverträge – bei denen die Arbeitnehmer in den achtziger und neunziger Jahren nicht zuletzt auf Grund der hohen Arbeitslosigkeit die Benachteiligten waren, ist das eine Hauptfeld, die Höhe der Steuern und Sozialabgaben das andere. Das Wirtschaftswachstum reicht nicht aus, die wachsenden Einkommensansprüche der Unternehmer und Kapitaleigentümer, der Selbständigen und der Lohnabhängigen sowie der auf Sozialtransfers angewiesenen gleichermaßen zu befriedigen.

Die Schwäche des Wirtschaftswachstums bringt den Staat in Bedrängnis. Der „Sozialstaatskompromiß“ setzt hohe Wachstumsraten voraus – weil nur so entsprechende Verteilungsspielräume geschaffen und die sozialen Kosten niedrig gehalten werden können. Allein die Aufwendungen für die Arbeitslosigkeit haben sich im Zeitraum der letzten zwanzig Jahre verzehnfacht. Die Regierung steht permanent vor einem Dilemma: Soll das bisherige Niveau in der Versorgung mit „öffentlichen Gütern“ beibehalten und die bisherigen Standards sozialer Sicherung eingehalten werden, müssen Steuern und Sozialabgaben erhöht werden oder der Staat ist gezwungen, sich durch entsprechende Kreditaufnahme zu verschulden.

Insgesamt hat sich das Verhältnis von Löhnen und Kapitaleinkommen, von Steuern, Abgaben und Sozialtransfers in den letzten zwanzig Jahren erheblich verändert. Die Staatsschulden explodierten förmlich (woran die aus Sicht der öffentlichen Hand völlig mißglückte Vereinnahmung der DDR-Wirtschaft einen beträchtlichen Anteil hatte), der Teil des Volkseinkommens, der in Form von (Netto-) Löhnen und Gehältern angeeignet wird, ist tendenziell rückläufig (von 45% im Jahre 1970 auf 36% im Jahre 1997), der Anteil der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

steigt (nach dem Einbruch in den siebziger Jahren von 19% 1980 auf 28% 1997) und die Sozialtransfers wachsen – so stieg die Sozialleistungsquote (Anteil der gesamten Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt) von 27% im Jahre 1970 auf 34% im Jahre 1997.

Die Zuspitzung der Verteilungskämpfe im Gefolge moderater Wachstumsraten der Wirtschaft zeigt sich zur Zeit vor allem in den politischen Auseinandersetzungen um die „Lohnnebenkosten“, die „Sozialausgaben“, die „Gesundheitsreform“, die „Rentenreform“ und die „Steuerreform“. Die Verteilung der Arbeit und der Einkommen funktioniert nicht mehr nach den für die „fordistische Produktionsweise“ geltenden Regeln – man vergleiche nur einmal die Verteilung des Volkseinkommenszuwachses in den sechziger Jahren mit der Verteilung in den neunziger Jahren.

Die Krise des Nachkriegstypus der kapitalistischen Reproduktion ist ihrem Wesen nach eine Krise des Akkumulations- und Regulierungsmechanismus: Die Verteilungsverhältnisse können in der bisherigen Struktur nicht mehr beibehalten werden und jener Mix aus Marktregulierung und staatlicher Globalsteuerung, gedacht zur Bekämpfung von zyklischen Überproduktionskrisen, erweist sich gegenüber den strukturellen Umbrüchen als unfähig, die Akkumulations- und Wachstumodynamik der Wirtschaft zurückzubringen. Hinzukommt, daß die Möglichkeiten des Staates für eine aktive Wirtschafts- und Sozialpolitik in den letzten zwanzig Jahren durch hohe Staatsverschuldung, durch Verkauf des „Tafelsilbers“ in Gestalt der „Privatisierung“ vormals öffentlich-rechtlicher Unternehmen, durch den erreichten Grad der Belastung mit Steuern und Abgaben und nicht zuletzt durch eine neue Qualität internationaler Wirtschaftsbeziehungen erheblich eingeschränkt wurden.

6. Worin bestehen die „transformatorischen Wirkungen“ der Krise?

Diese Krise ist ein Element der gesellschaftlichen Umbrüche, die durch die beispiellose Entwicklung der Produktivkräfte und den damit verbundenen Strukturwandels in Wirtschaft und Gesellschaft im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts eingeleitet wurden Sie ist das Ergebnis der inneren Widersprüche der „fordistischen Produktionsweise“:

Jener Kreislauf von Produktionsanstieg – zunehmender Beschäftigung –

höheren Einkommen – wachsender Nachfrage – mehr Umsatz und Profit, und damit schließlich wachsendes Investitions- und Akkumulationspotential als Basis weiteren Produktionswachstums – ist von steigender Massennachfrage und Investitionsbereitschaft der Unternehmen abhängig. In dem Maße, wie Massenkonsum und Massennachfrage an Grenzen stoßen, hält sich auch die Investitionsbereitschaft in Grenzen, steigt die Arbeitslosigkeit, kann der Verteilungsmodus nicht mehr aufrecht erhalten werden. Auch die konjunkturpolitischen Instrumente des Staates werden stumpf, die nationalstaatliche Regulierung durch zunehmende Internationalisierung des Wirtschaftslebens wird anachronistisch und der Sozialstaat durch steigende soziale Kosten gefährdet.

Dabei steht die Deformation der Arbeits- und Einkommensstrukturen der „fordistischen Produktionsweise“ in enger Wechselwirkung mit zwei anderen Prozessen:

– Veränderungen im System der Erwerbsarbeit.

Der Industriekapitalismus, der mehr als ein Jahrhundert lang die Arbeits- und Lebensumstände von Millionen und Abermillionen Menschen prägte, der dazu führte, daß die Mehrheit der Privathaushalte ihr Einkommen über die Lohnarbeit bezog und der gewaltige Produktivitätsfortschritte in der Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen brachte, hat in den fortgeschrittenen Ländern Europas, Asiens und Amerikas seinen Zenit überschritten: Nur noch eine Minderheit der Erwerbstätigen ist in diesen Ländern in der materiellen Produktion gebunden. Mit dem Übergang zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft verliert das durch die Industrie geprägte „Normalarbeitsverhältnis“ seine Bedeutung – Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, Formen der „Leiharbeit“ und der Arbeit „auf Abruf“ sowie (Schein-)Selbständigkeit treten mehr und mehr an seine Stelle. Hinzu kommt die tendenziell zunehmende Massenarbeitslosigkeit – ernst zu nehmende Schätzungen besagen, daß im nächsten Jahrhundert zwanzig Prozent der Arbeitsfähigen ausreichen, um alle Waren und Dienstleistungen zu erzeugen, nach denen in der Welt nachgefragt wird. Für die „abhängig Beschäftigten“ werden häufige Wechsel der Arbeit und der Arbeitsstelle, Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung, Wechsel von Arbeit und Arbeitslosigkeit zur „Normalität“.

– Weitere Internationalisierung des Wirtschaftslebens.

Die Entwicklung der modernen Kommunikationstechnik und der Trans-

porttechnologien führt nicht nur zur Verschmelzung von Märkten, sie schafft auch neue Bedingungen für die internationale Arbeitsteilung, für Kapital- und Warenströme rund um den Erdball. Dabei ist die grenzenlose Mobilität des Kapitals das Kernstück der ökonomischen „Globalisierung“: Transnationale Unternehmen, die bereits heute 40% der Welthandelsströme als inneren Konzernumsatz abwickeln und etwa über ein Drittel des produktiven Anlagevermögens weltweit verfügen, und internationale „Finanzdienstleister“, die Kapitalströme in Billionen Dollar Umfang zu den besten Anlagesphären dirigieren, zwingen Regierungen, Länder und Regionen zu einem Standortwettbewerb um die besten Bedingungen für die Kapitalverwertung, „belohnen“ und „bestrafen“ durch Kapitalzu- oder -abfluß den Grad des Wohlverhaltens gegenüber den Interessen des Kapitals. Dieses Regime gestattet es den Unternehmen, Druck auszuüben auf nationale Lohn-, Steuer-, Sozial- und Umweltregelungen, solche Regelungen und Standards gegebenenfalls durch einen Standortwechsel zu unterlaufen.

Die Wirtschaft reagierte auf das Versagen jener für die Nachkriegsjahrzehnte typischen Verknüpfung von marktwirtschaftlicher Regulierung und staatlicher Globalsteuerung mit Forderungen der „Deregulierung“, „Privatisierung“ und „Liberalisierung“ – in ihren Augen galt es, die Marktkräfte aus den Fesseln des Staates zu befreien, um Akkumulationsdynamik zurückzugewinnen und Wachstumskräfte freizusetzen. In diesem Sinne war der Regierungswechsel Anfang der achtziger Jahre zugleich ein Politikwechsel.

Am deutlichsten wird die Reaktion auf die Krise durch den Paradigmenwechsel in den Wirtschaftswissenschaften reflektiert – der mehr sozialstaatlich ausgerichtete Neokeynesianismus wird durch den Monetarismus ersetzt, theoretische Grundlage des Neoliberalismus, der einseitig die Verwertungsbedingungen des Kapitals ins Zentrum der Wirtschaftspolitik rückt.

Aber nicht die neoliberale Theorie prägt die Wirtschaftspraxis - es sind die derzeitigen praktischen Bedürfnisse des Kapitals, die in Gestalt der neoliberalen Theorie ihre beste Begründung finden, genau wie wenige Jahrzehnte zuvor der Keynesianismus die beste Erklärung für die Wirtschaftspolitik unter den damaligen Bedingungen lieferte. Der Paradigmenwechsel in den Wirtschaftswissenschaften wird weniger durch neue Einsichten, als viel mehr durch veränderte Verwertungsbedingungen des Kapitals hervorgerufen.

Im Grunde beweist die Wirtschaftswissenschaft mit dem Paradigmenwechsel, daß sie die Prozesse des Wandels in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren richtig verstanden hat.

Sie begründet, erklärt und rechtfertigt den Siegeszug des „globalen Kapitalismus“. So ist auch in der Theorie der neoliberalen Angebotspolitik für den Sozialstaat kein Platz. Hier wird der Begriff des Fortschritts auf ökonomischen Fortschritt reduziert und die soziale Entwicklung abgekoppelt.

Der neoliberale Marktfundamentalismus ist zweifellos eine mögliche Antwort auf die Veränderungen und sein Siegeszug, beginnend mit den achtziger Jahren, ist Ausdruck dafür, daß „das im Fordismus entstandene Regulationssystem...nicht mehr den sozialen Gegebenheiten am Ende des 20. Jahrhunderts (entspricht)“⁴. Nicht nur der „reale Sozialismus“ ist zum Ende des Jahrhunderts in Europa zusammengebrochen – auch der „dritte Weg“ (alter Prägung), d. h. die Hoffnungen der Sozialdemokratie auf einen nationalstaatlich regulierten und sozial gebändigten Kapitalismus sind gescheitert.

Aber der Marktfundamentalismus ist keine Lösung für die Gesellschaft, denn er vertieft die existentiellen Widersprüche der Menschheit – Armut, Umweltzerstörung, Unterentwicklung. Er spaltet die Gesellschaft in „Gewinner“ und „Verlierer“ eines mörderischen Konkurrenzkampfes. Er stärkt die Machtpositionen des internationalen Großkapitals, dem nunmehr der gesamte Globus für die Verwertung zur Verfügung steht. Er verschiebt das Verhältnis von „Chancen“ und „Risiken“ in der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung mehr zu den „Risiken“ hin.

In gewisser Weise bietet die Politik zur Zeit ein gespenstisches Bild: Keine Partei, die ihre Vorschläge oder Vorstellungen ob zur Wirtschafts-, Steuer-, Finanz- oder Sozialpolitik nicht damit begründen würde, damit einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten zu wollen, auch wenn das logisch gar nicht nachzuvollziehen ist; keine Partei, die den Vorwurf des Sozialabbaus nicht weit von sich weisen würde, obwohl das, was da unter dem Begriff der „Reformen des Sozialstaates“ verkauft wird, mehr einer Demontage gleicht. Man hat den Eindruck von leeren Worthülsen, und dass die, die sie gebrauchen, selbst nicht davon überzeugt sind, die Massenarbeitslosigkeit ernstlich zurückführen bzw. den Sozialstaat wirklich reformieren zu können.

Möglicherweise hat die französische Publizistin Viviane Forrester („Der

Terror der Ökonomie“) recht, daß die Prozesse des Wandels bereits sehr weit fortgeschritten sind. Wir leben schon in einer neuen Welt, aber träumen noch nach Regeln einer längst nicht mehr gültigen Ordnung: „Vollbeschäftigung“, „Wohlstand für alle“, „Recht auf Arbeit“, „Sozialpflichtigkeit des Eigentums“, „soziale Gerechtigkeit“, „Sozialstaat“ – alles Kategorien einer untergehenden Zivilisation, begründet in einer Zeit, wo das Kapital auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung zur Vermehrung des Profits angewiesen war und ihre Beteiligung an den wirtschaftlichen Resultaten zur besseren Verwertung des Kapitals beitrug, als es noch eine alternative Gesellschaftsordnung gab, der man auf sozialem Gebiet Paroli bieten mußte. Heute tragen Politiker diese Begriffe, die schon inhaltsleer sind, wie Schutzschilder vor sich her, und täuschen damit die Bürger (und manchmal vielleicht auch sich selbst) über die tatsächliche Lage.

Wohin entwickelt sich die Wirtschaftsverfassung?

Der staatliche Einfluß wird zurückgedrängt – die Märkte werden dereguliert – der soziale Ausgleich wird zurückgefahren – neue Anlagefelder für das Kapital werden erschlossen (Privatisierung; Finanzanlagen) – die Internationalisierung wird vorangetrieben – die Oberschicht zieht sich aus der Finanzierung des Staates zurück.

Die Krise der „fordistischen Produktionsweise“ ist – wie jede Krise – das Resultat sich zuspitzender Widersprüche. An erster Stelle steht die durch die Entwicklung der Produktivkräfte hervorgerufene „Rückkehr“ des Grundwiderspruchs kapitalistischer Reproduktion – die durch Profitstreben, Konkurrenz und Marktregulierung verursachte Tendenz zur schrankenlosen Ausdehnung der Produktion bei begrenzter Nachfrage. Aber jetzt entläßt sich dieser Widerspruch nicht primär in zyklischen Überproduktionskrisen, sondern schlägt sich in chronischer Überproduktion, „Überakkumulation“ des Real- und Geldkapitals sowie Wachstumsschwäche der Wirtschaft nieder.

Konzerne suchen für sich den Ausweg durch weltweite Expansion und Engagement in „Wachstumsmärkte“; Banken suchen den Ausweg durch neue Formen der Finanzanlage, durch weltweite Suche nach lukrativen Anlagemöglichkeiten, durch die Bereitstellung von Kapital für aufstrebende Entwicklungsländer und ein nicht geringer Teil des überschüssigen Geldkapitals findet seine Anlage in rein spekulativen Geschäften – Kasino-Kapitalismus; die Repräsentanten des Großkapitals, Top-Manager und

Spitzenpolitiker der führenden Industrieländer suchen gemeinsam den Ausweg in einem neuen Akkumulations- und Regulierungsmechanismus:

– „Globalisierung“ und „Deregulierung der Märkte“, d. h. die Beseitigung aller nationalen Schranken, die den internationalen Warenaustausch und Kapitalverkehr behindern könnten und Aufhebung solcher staatlichen Vorschriften, Kontrollen, Eingriffe, die das „freie Unternehmertum“ reglementieren, die dem Engagement und der Verwertung des Kapitals, seiner Mobilität bei der Suche nach neuen Quellen des Profits, nicht förderlich sind;

– „Privatisierung“, das heißt nicht nur Verkauf noch öffentlich-rechtlicher, und damit dem Gemeinwohl und nicht dem Profit verpflichteter Unternehmen an das Kapital, sondern auch die Überführung staatlicher Versicherungen in die Hände privater Versicherungsunternehmen bei der Ablösung solidarischer Sicherungssysteme durch „private Vorsorge“. Letztlich geht es um die Unterwerfung aller Sphären des gesellschaftlichen Lebens – ob Sport, Gesundheitswesen, Kultur, Bildung usw. unter die Logik der Kapitalverwertung, um ihre Umwandlung in lukrative Anlagfelder für das Kapital;

– „Schlanker Staat“, Abbau des „Sozialstaates“ und Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, d. h. Senkung der Aufwendungen für gesellschaftliche Anliegen und soziale Zwecke, für die Bereitstellung „öffentlicher Güter“, um die Umverteilung von Einkommen über Steuern und Abgaben auf ein Minimum zurückzufahren; Beschränkung der aktiven Rolle des Staates in der Wirtschaft auf die Finanz- und Haushaltspolitik sowie auf die rechtliche Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche Handeln; Umwandlung in einen „Wettbewerbsstaat“, der im „Standortwettbewerb“ für die bestmöglichen Bedingungen der Verwertung des Kapitals Sorge trägt.

Dieser Akkumulations- und Regulierungsmechanismus erinnert an den „Kapitalismus der freien Konkurrenz“ des 19. Jahrhunderts – das freie Spiel der Kräfte auf dem Markt entscheidet über das Wohl und Wehe der Unternehmen, über die Einkommensverteilung zwischen Kapital und Lohnarbeit, über Beschäftigungsmöglichkeiten oder Arbeitslosigkeit. Die gesellschaftlich Ausgegrenzten sind auf private Almosen zum Überleben angewiesen. Die „öffentliche Hand“ beschränkt sich auf die Rolle des „Nachtwächterstaates“. Für diese Produktionsweise galt das von Marx formulierte „Allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“:

„Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend.“⁵

Und trotzdem ist die Situation mit dem 19. Jahrhundert nicht vergleichbar: die Hauptakteure sind keine privaten Einzelunternehmen und kleine Privatbanken, sondern Konzerne und Finanzimperien, die Märkte sind nicht national organisiert, sondern international und weitgehend nationalstaatlicher Kontrolle entzogen, die ökonomische Verflechtung ist weltweit so eng, daß kein Land ausscheren kann und vor allem der Stand der Produktions-, Transport- und Kommunikationstechnik ist völlig unvergleichbar. Aber es bleibt die düstere Ahnung, daß die soziale Polarisierung im 21. Jahrhundert ähnliche Dimensionen wie im 19. Jahrhundert annehmen könnte:

„Unsere Gesellschaften sind heute – mutatis mutandis – mit demselben Problem konfrontiert wie die Gesellschaften des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Das Problem waren auch damals die Exzesse des Kapitalismus.“⁶

Die Globalisierung öffnet den Weg zu einer neuen Art Imperialismus: Unter den von den imperialistischen Hauptmächten, allen voran die USA, geprägten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beherrschen transnationale Konzerne und Finanzunternehmen mehr und mehr die Märkte und die Kapitalbewegungen. Sie diktieren den Nationalstaaten das ökonomische Verhalten und Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation und Weltbank achten darauf, daß alle Länder sich an die „Spielregeln“ halten.

„Die Geschichte des Kapitalismus hat die nationalen Grenzen gesprengt. Eine neue Epoche, die Ära des globalen Kapitalismus bricht an, und sie wird die Entwicklung der Gesellschaften in den nächsten Jahrzehnten bestimmen.“⁷

Und die „transformatorische Wirkung“ der Krise der „fordistischen Produktionsweise“?

Sie zerstört nicht nur die Fundamente der sozialstaatlichen Verteilungsstrukturen, sondern sie bahnt auch den Weg für den Akkumulations- und Regulierungsmechanismus einer neuen Epoche, der Epoche des „transnationalen“ oder „globalen“ Kapitalismus: An die Stelle der Kombination Marktregulierung – staatliche Globalsteuerung mit sozialem Ausgleich tritt ein Regulierungsmechanismus „deregulierter“ Weltmärkte, bei der internationale Großunternehmen das Zentrum der Kapitalakkumulation bilden, Wirtschaftsstandorte um die bestmöglichen Verwertungsbedingungen für

das Kapital konkurrieren und die wirtschaftspolitischen Ziele der fordistischen Produktionsweise – Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und ausgeglichene Außenhandelsbilanz – durch die Ziele Geldwertstabilität und „shareholder-value“ ersetzt werden.

Anmerkungen

- 1 Karl Marx, „Das Kapital“ Bd. 3, Berlin 1949, S. 478/479.
- 2 Eric Hobsbawm, „Wieviel Geschichte braucht die Zukunft“ München/Wien 1998 S. 140.
- 3 Diese und die folgenden Berechnungen erfolgten an Hand der statistischen Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland von 1998 und 1991 sowie auf der Grundlage der jährlich vom Bundesministerium für Wirtschaft herausgegebenen statistischen Übersichten „Wirtschaft in Zahlen“.
- 4 Gregor Gysi „Gerechtigkeit ist modern“ Berlin 1999, These 9.
- 5 Karl Marx „Das Kapital“ Bd. 1, Berlin 1949, S. 680.
- 6 Gruppe von Lissabon „Grenzen des Wettbewerbes – Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit“ München 1998, S. 23; die „Gruppe von Lissabon“ umfaßt etwa 20 Wissenschaftler und Manager aus Wirtschaft und Politik unter Vorsitz von Riccardo Petrella (bis 1994 Direktor des Programms „Forecastings and Assessment“ der Europäischen Union), die sich 1992 anlässlich des fünfhundertjährigen Jubiläums der Eroberung der neuen Welt zusammenfand zu dieser Studie über die Perspektiven der menschlichen Zivilisation.
- 7 Gruppe von Lissabon, a.a.O., S. 53.